



Der Regionalrat des Regierungsbezirks Düsseldorf

Der Vorsitzende
Die Vorsitzenden der Fraktionen
CDU SPD Bündnis90/ Die Grünen FDP

An den Minister für Inneres und
Kommunales des Landes NRW
Herrn Ralf Jäger
Haroldstraße 5

40213 Düsseldorf

Entwurf zur Änderung des RVR-Gesetzes

Sehr geehrter Herr Minister,

im Namen aller Fraktionen des Regionalrates des Regierungsbezirks Düsseldorf übersenden wir Ihnen erneut die Position des Regionalrates zur Novellierung des RVR-Gesetzes und erwarten, dass diese in dem weiteren Verfahren mit den Regionalräten diskutiert wird und Berücksichtigung findet.

Die Gesetzesänderungen, die die interne Aufgabenverteilung zwischen dem RVR und seinen Mitgliedsstädten betreffen, sind die innere Angelegenheit des RVR, sofern diese Aufgaben nicht zu Lasten anderer Gebietskörperschaften sondern aus den GFG-Mitteln, die den Mitgliedsstädten zur Verfügung stehen, finanziert werden.

Wir bedauern sehr, dass unsere mit Schreiben vom 11.4.2013 vorgetragenen Bedenken zwar in Bezug auf die GFG-Mittel, aber nicht in Bezug auf folgende Punkte berücksichtigt wurden:

1. Kündigungsrecht der Mitgliedsstädte

Mit der Schaffung des neuen RVR-Gesetzes soll die Möglichkeit zur Beendigung der Mitgliedschaft einer Mitgliedskörperschaft sowie die Beitrittsmöglichkeit für angrenzende Gebietskörperschaften entfallen.

Mit dieser Regelung entsteht eine Zwangsmitgliedschaft auch für die Kommunen, die die Bedingungen des neuen Gesetzes nicht akzeptieren. Trotz des Wegfalls der alten Geschäftsgrundlage und der Schaffung neuer Bedingungen, ist die erzwungene Mitgliedschaft undemokratisch und rechtlich angreifbar.

2. Direktwahl der Mitglieder der Verbandsversammlung im Wege der Listenwahl

Die Direktwahl würde dazu führen, dass die RVR-Verbandsversammlung gegenüber Landschaftsverbänden und Regionalräten eine deutlich privilegierte Stellung erhalten würde. Auch gegenüber dem Landesparlament würde die Stellung erheblich gestärkt.

Wir lehnen die Direktwahl ab, weil sich die politischen Gewichte dadurch einseitig verschieben. Andernfalls müssten die Rechte und die Organisationsform der Regionalräte angepasst werden. Es darf keine Sonderzonen mit Sonderrechten in NRW geben.

Wir verbinden mit unseren Forderungen die Erwartung, dass die Entscheidung nicht über die Köpfe der Regionalräte hinweg, sondern im fruchtbaren Dialog miteinander getroffen wird.

Düsseldorf, den 06.05.2014



Hans-Jürgen Petrauschke

(Vorsitzender des
Regionalrates)



Hans-Hugo Papen

(Vorsitzender der
CDU-Fraktion)



Gunhild Sartingen

(Vorsitzende der
SPD-Fraktion)



Manfred Krause

(Vorsitzender der
Fraktion Bündnis
90 / Die Grünen)



Otto Laakmann

(Vorsitzender der
FDP-Fraktion)